

# Mitteilung

## öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Finanzausschuss	25.06.2012

### **Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates sowie der Entwicklung des Haushaltes 2012**

#### **1. Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates**

#### **2. Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2012**

##### **Zu 1. Controlling der Konsolidierungsbeschlüsse des Rates**

Die vom Rat im Zusammenhang mit der Beschlussfassung über den Haushaltsplan 2010/2011 getroffenen Entscheidungen sind im Hpl.-Entwurf 2012 berücksichtigt. Sofern sich eine Umsetzung nicht realisieren ließ, erfolgte eine entsprechende Beschlussfassung des Rates über die Zurücknahme der Maßnahme. In der Mehrzahl dieser Fälle wurden entsprechende „Ersatzmaßnahmen“ beschlossen. Zum derzeitigen Zeitpunkt können noch keine belastbaren Aussagen zur weiteren Umsetzung gemacht werden.

##### **Zu 2. Bericht über die Entwicklung der wesentlichen Ertrags- und Aufwandspositionen der Ergebnisrechnung sowie investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung 2012**

Auf der Grundlage der bisherigen Entwicklung der Erträge und Aufwendungen zeichnen sich bei diesen Positionen die nachfolgend aufgeführten Veränderungen ab. Hierbei handelt es sich jeweils um die Differenz zwischen der Bewirtschaftung zum Stand 01.06.2012 – sofern kein anderer Termin genannt ist - und der Prognose zum Jahresende.

Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden grundsätzlich nur Abweichungen ab einer Größenordnung von 0,5 Mio. Euro berücksichtigt. Darüber hinaus wird darauf hingewiesen, dass sich alle Angaben aufgrund des sehr frühen Prognosezeitpunktes noch erheblich verändern können.

#### **Gewerbesteuer**

Das Anordnungssoll für Vorauszahlungen und Nachforderungen liegt per 13.06.2012 bei rd. 837,2 Mio. Euro. Damit sind zum Stichtag 81,7 % des Hpl.-Ansatzes von 1.024,7 Mio. Euro realisiert. Von diesem Betrag entfallen rd. 741,3 Mio. Euro auf Vorauszahlungen und rd. 95,9 Mio. Euro auf Nachforderungen. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

#### **Grundsteuer**

Die Prognose zur Jahresveranlagung für die Grundsteuer B beträgt 216,6 Mio. Euro. Gegenüber dem Haushaltsplanansatz von 216,3 Mio. Euro ergibt sich eine Verbesserung in Höhe von 0,3 Mio. Euro.

**Mehrerträge: ca. 0,3 Mio. Euro**

### **Aufwandsteuern**

Bei den sonstigen Vergnügungssteuern kann aufgrund von Nachveranlagungen aus Vorjahren mit Mehrerträgen von rd. 4,0 Mio. Euro gerechnet werden.

Zudem ergibt sich durch die in Kürze automatisierte Veranlagung der Kulturförderabgabe voraussichtlich ein Mehrertrag in Höhe von rd. 3,0 Mio. Euro. Von richtungweisender Bedeutung für die Kölner Kulturförderabgabe ist die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes am 11.07.2012 über die Rechtmäßigkeit der Kulturförderabgabesatzungen der Städte Bingen und Trier.

Daneben stehen Wenigererträge in Höhe von 4,1 Mio. Euro bei der Zeitwohnungssteuer aufgrund der Satzungsänderung sowie der geänderten Rechtsprechungspraxis des VG Köln.

**Mehrerträge: rd. 2,9 Mio. Euro**

### **Soziales**

Im Teilergebnisplan 0501, Leistungen nach dem SGB XII, wird bei der Hilfe zum Lebensunterhalt aufgrund einer erneuten Regelsatzerhöhung sowie durch einen Anstieg der Fallzahlen mit einem Mehraufwand in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro gerechnet.

Zudem ist mit Mehraufwendungen in Höhe von rd. 2,0 Mio. Euro bei den Leistungen der Hilfe zur Pflege zu rechnen. Die Ursache hierfür liegt in dem nicht absehbaren Anstieg der Fallzahlen sowie durch die Anhebung der Tagespflegesätze vieler Einrichtungen.

Bei den Leistungen zur Hilfe der Gesundheit kann aufgrund sinkender Fallzahlen mit einer Verbesserung in Höhe von rd. 1,0 Mio. Euro gerechnet werden.

Im Teilergebnisplan 0501 ergibt sich somit bei Eintreffen der Prognose ein Mehraufwand in Höhe von ca. 3,5 Mio. Euro.

Im Teilergebnisplan 0502, kommunale Leistungen nach dem SGB II, sieht die Zielvereinbarung mit dem Jobcenter Köln für das Jahr 2012 vor, dass die Kosten der Unterkunft und Heizung nach dem SGB II nicht höher als im vergangenen Jahr ausfallen sollen. Für 2012 ergeben sich daher rechnerische Verbesserungen in Höhe von rd. 4,5 Mio. Euro. Diesen stehen allerdings auch geringere Erträge in Höhe von rd. 1,2 Mio. Euro aus der Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft gegenüber. Die Beteiligung beträgt für die reinen Unterkunftskosten einschließlich des Mehrbedarfs für die Warmwasserbereitung 26,4 % der Aufwendungen.

Mit einer Verbesserung in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro wird zudem bei den Leistungen zur Sicherung oder Beschaffung einer Unterkunft sowie für einmalige Beihilfen gerechnet.

Daneben werden Wenigererträge bei den Erstattungen des Jobcenters Köln für Personalkosten in Höhe von rd. 3,0 Mio. Euro erwartet, da die Zahl der städtischen Beschäftigten beim Jobcenter rückläufig ist. Diesen Wenigererträgen stehen grundsätzlich Wenigeraufwendungen bei den städt. Personalaufwendungen gegenüber.

Im Teilergebnisplan 0502 ergibt sich bei Eintreffen der Prognose somit per Saldo eine Nettoverbesserung von rd. 3,8 Mio. Euro.

Mehrerträge zeichnen im Teilergebnisplan 0503, weitere soziale Pflichtleistungen, bei den pauschalierten Zuweisungen des Landes nach § 4 des Flüchtlingsaufnahmegesetzes ab. Der erwartete Ertrag übertrifft den Planansatz um rund 1,1 Mio. Euro.

Bei den Erstattungen für Unterhaltsvorschussleistungen ergeben sich nach aktueller Prognose Mehrerträge von rd. 3,0 Mio. Euro. Wegen der geringen Werthaltigkeit dieser Forderungen ist gleichzeitig aufwandsmäßig eine Wertberichtigung von 2,0 Mio. Euro zu berücksichtigen.

Im Teilergebnisplan 0503 ergibt sich bei Eintreffen der Prognose somit eine Nettoverbesserung von ca. 2,1 Mio. Euro.

**saldierte Verbesserung im Sozialbereich: rd. 2,4 Mio. Euro**

### **Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung der Stadt Köln - Ki d S**

Im Bereich der Kinder- und Jugendpädagogischen Einrichtungen zeichnet sich eine Verschlechterung bei den Erträgen aus öffentlich rechtlichen Benutzergebühren/Entgelten von rd. 0,6 Mio. Euro ab.

Diese resultiert aus der bisher noch nicht erfolgten Umsetzung der beantragten Pflegesatzerhöhung.

**Verschlechterung: rd. 0,6 Mio. Euro**

**Bauaufsicht**

Nach aktueller Prognose werden die Erträge aus den Verwaltungsgebühren 1,6 Mio. Euro unter der Planung bleiben.

***Verschlechterung: rd. 1,6 Mio. Euro***

**Straßen und Verkehrstechnik**

Aufgrund der aktuellen Entwicklung bei den Erträgen aus Parkgebühren zeichnet sich eine Verbesserung von rd. 0,5 Mio. Euro ab.

***Verbesserung: rd. 0,5 Mio. Euro***

**Informationsverarbeitung**

Bei der Unterhaltung von Maschinen und technischen Anlagen wird ein Mehraufwand in Höhe von ca. 2,0 Mio. Euro erwartet. Dies ist insbesondere darin begründet, dass inzwischen zusätzliche Projekte/Maßnahmen notwendig wurden, die sich aus Gründen des technischen Fortschrittes, durch Kundenanforderungen oder aus anderen, nicht kalkulierbaren Entwicklungen ergeben haben.

***Mehraufwendungen: rd. 2,0 Mio. Euro***

**Schuldendienst**

Die Zinsaufwendungen im Bereich der Schuldenverwaltung werden voraussichtlich rd. 13,2 Mio. Euro unter der Planung bleiben. Diese positive Abweichung begründet sich durch das anhaltend niedrige Zinsniveau und der Tatsache, dass bisher keine Darlehensneuaufnahmen getätigt wurden.

***Wenigeraufwendungen: ca. 13,2 Mio. Euro***

**Liegenschaften und Kataster**

Es ist mit Mehrerträgen aus dem Verkauf von Grundstücken (über Buchwert) in Höhe von rd. 2,5 Mio. Euro zu rechnen.

***Mehrerträge: rd. 2,5 Mio. Euro***

**Wohnungsversorgungsbetrieb**

Aufgrund Verzögerungen beim Abriss von Sozialhäusern sind mit Wenigeraufwendungen in Höhe von rd. 0,5 Mio. Euro rechnen.

***Wenigeraufwendungen: ca. 0,5 Mio. Euro***

## Zusammenfassung der erwarteten Abweichungen:

	<i>in Mio. Euro</i>
	<i>Verbesserung (+) / Verschlechterung (-)</i>
Grundsteuer	+ 0,3
Aufwandssteuern	+ 2,9
Sozialbereich	+ 2,4
Kinder- und Jugendpädagogische Einrichtung	- 0,6
Bauaufsicht	- 1,6
Straßen und Verkehrstechnik	+ 0,5
Informationsverarbeitung	- 2,0
Schuldendienst	+ 13,2
Liegenschaften und Kataster	+ 2,5
Wohnungsversorgungsvertrieb	+ 0,5
<b>Gesamtveränderung aufgrund aktueller Meldungen:</b>	<b>+ 18,1</b>

**Entwicklung investiver Ein- und Auszahlungen in der Finanzrechnung****Brücken und Stadtbahnbau**

Bei der Maßnahme Stadtbahn Rhein-Sieg BA Mülheim/Wiener Platz können nicht eingeplante Einzahlungen in Höhe von rd. 5,4 Mio. Euro in Form von Investitionszuwendungen realisiert werden.

***Mehreinzahlung: rd. 5,4 Mio. Euro***

**Stadtentwicklung**

Die Auszahlung der veranschlagten Mittel bei der Maßnahme „Lindweiler – Stadtsanierung /-erneuerung“ in Höhe von 1,8 Mio. Euro wird sich in spätere Haushaltsjahre verschieben.

**jahresbezogene Wenigerauszahlungen: rd. 1,8 Mio. Euro**

gez. Klug